



CDU

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

- Fraktion im Kreistag Heinsberg -

Newsletter

Kreis Heinsberg



- Jahreshalbzeit 2013 - Ein Jahr vor der Kommunalwahl

Sehr geehrte Parteifreundinnen und Parteifreunde,

die erste Hälfte des Jahres 2013 ist nun vorbei und rund ein Jahr vor der Kommunalwahl wollen wir von der CDU-Kreistagsfraktion einmal eine vorläufige Bilanz unserer Arbeit im Jahre 2013 ziehen und unsere jüngsten politischen Initiativen zusammenfassend vorstellen.

Appell Schulsozialarbeiter

Der Bund gewährt seit dem Jahre 2011 zusätzliche Mittel für die Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Die Schulsozialarbeit ist dabei Teil einer präventiven Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik und verfolgt die Ziele der arbeitsmarktrechtlichen und gesellschaftlichen Integration durch Bildung und des Abbaus der Folgen wirtschaftlicher Armut, insbesondere gegen Bildungsarmut und soziale Exklusion.

Der Kreis Heinsberg erhält daraus jährlich Bundesmittel in Höhe von ca. 960.000,00 €, befristet bis zum 31.12.2013. Nach Abschluss der erforderlichen öffentlich-rechtlichen Verträge mit den kreisangehörigen Städten/Gemeinden erfolgten Ende 2011 bzw. Anfang 2012 die Einstellungen von insgesamt 19 befristet Beschäftigten im Bereich Schulsozialarbeit. Diese Beschäftigungsverhältnisse laufen am 31.12.2013 aus. Die hier begonnene Arbeit hat sich nach Auffassung der CDU-Fraktion absolut bewährt, so dass eine Lösung gefunden werden muss, die zu einer dauerhaften Gewährleistung dieser wichtigen und sinnvollen Aufgabenerledigung im Kreis Heinsberg führt. Diese kann nach Auffassung der CDU-Fraktion auch mit Blick auf bereits im Haushaltssicherungskonzept befindliche Kommunen aber nicht so aussehen, dass zukünftig die kommunale Familie im Kreis Heinsberg selber die finanzielle Belastung in Höhe von knapp 1 Mio. € jährlich zu tragen hat; dies wird nicht zuleisten sein. Vielmehr sollte es dem Bund nicht zuletzt aufgrund weiter steigender Steuereinnahmen und nicht in Anspruch genommener Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets möglich sein, eine dauerhafte Förderung in diesem Bereich aus Bundesmitteln zu bestreiten.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat daher am 03.04.2013 beantragt, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 16.05.2013 beschließt, dass die bis zum 31.12.2013 befristeten Beschäftigungsverhältnisse im Bereich Schulsozialarbeit - soweit arbeitsrechtlich möglich - zunächst bis zum Ende des nächsten Schuljahres (31.07.2014) fortgeführt werden; die Finanzierung soll dabei aus bislang nicht verbrauchten Fördermitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erfolgen. Die öffentlich-rechtlichen Verträge mit den kreisangehörigen Städten/Gemeinden sollen entsprechend angepasst werden. Ferner solle der Kreistag an die zuständigen Fachministerien des Bundes appellieren, über den 31.12.2013 hinaus die Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes verlässlich im bisherigen Umfang zu fördern, damit die

befristet eingestellten SozialarbeiterInnen ihre Arbeit in einem unbefristeten, dauerhaften Beschäftigungsverhältnis fortsetzen können.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde in der Kreistagssitzung am 16.05.2013 einstimmig angenommen. Landrat Pusch teilte in der Sitzung mit, dass die Weiterführung für das kommende Schuljahr finanziell gesichert sei. Die Abfassung einer Resolution werde er in der nächsten Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz zur Tagesordnung stellen. Die Bürgermeister hätten diesbezüglich bereits ihre Bereitschaft signalisiert.

Initiierung einer Kreiskulturkonferenz

Ferner hat die CDU-Fraktion am 08.05.2013 beantragt, der Ausschusses für Kultur, Partnerschaft & Tourismus möge beschließen, dass der Kreis Heinsberg eine Kreiskulturkonferenz initiiert.

Die Kreiskulturkonferenz soll gebildet werden aus den Mitgliedern des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus des Kreises Heinsberg, den kulturpolitischen Sprechern der kommunalen Ratsfraktionen, den Vertretern der musealen und kulturellen Einrichtungen im Kreis, den Kulturtreibenden (ggf. Vertreter der Dachverbände) und weiteren kulturpolitisch interessierten Bürgern. Sie soll mindestens einmal jährlich zusammentreten und dabei neben einem zentralen Themenschwerpunkt auch jeweils einen Rück- und Ausblick auf das kulturelle Leben im Kreis Heinsberg geben. Daneben soll sie dem informellen Austausch zwischen den Beteiligten dienen und so bei der Gewinnung von Synergieeffekten bei der kulturellen Verstärkung und Weiterentwicklung der einzelnen Beteiligten Hilfen bieten. Die Kreiskulturkonferenz soll begleitet werden durch die fachlich zuständigen Verwaltungsmitarbeiter.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft & Tourismus am 22.05.2013 bei einer Enthaltung einstimmig angenommen. Unter allen Ausschussmitgliedern bestand Einvernehmen, dass – im Falle einer positiven Beschlussfassung durch den Kreisausschuss – die Kreiskulturkonferenz vom jeweiligen Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus des Kreises Heinsberg moderiert wird.

Antrag Kulturhauptstadt Maastricht

Die Stadt Maastricht bewirbt sich gemeinsam mit der Euregio Maas-Rhein um den Titel der „Europäischen Kulturhauptstadt 2018“. Bewusst wird die Bewerbung gemeinsam mit der Euregio Maas-Rhein durchgeführt, um so den europäischen Aspekt noch weiter zu verdeutlichen.

Am 03.05.2013 hat bereits die Zweckverbandsversammlung der Region Aachen über die aktive Unterstützung der Kulturhauptstadtbewerbung und die finanzielle Förderung beraten und einstimmig ohne Enthaltung zugestimmt. Die Gesamtkosten für die Planung und Umsetzung des Kulturhauptstadtprojektes werden mit 80 Mio. € veranschlagt. Nach dem vorliegenden Finanzierungskonzept entfallen auf den Kreis Heinsberg 39.333 € p. a., mithin insgesamt ca. 236000 € für die Jahre 2014 – 2019. Während der Programmabwicklung (zwischen 2015 und 2019) ist eine Förderung von geeigneten Projekten innerhalb des Kreises Heinsberg bis zu einer Höhe von 487.500 € möglich.

Die CDU-Fraktion hatte sich im Vorfeld darauf verständigt, die sich daraus ergebenden Chancen zu ergreifen und hat daher unter dem 08.05.2013 beantragt, dass der Kreis Heinsberg die Bewerbung von Maastricht und der Euregio Maas-Rhein zur Kulturhauptstadt Europas 2018 unterstützt und sich an den Gesamtkosten entsprechend den obigen Ausführungen beteiligt.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde nach Vorberatung in Fachausschuss und Kreisausschuss in der Kreistagssitzung am 18.07.2013 einstimmig angenommen; modifiziert wurde die Beschlussfassung jedoch

noch dahingehend, dass die Beteiligung für den Kreis finanziell gedeckelt wird, das heißt, dass der Kreis hierdurch die erforderliche finanzielle Planungssicherheit im Sinne einer Höchstgrenze der finanziellen Beteiligung hat.

Antrag Behördenlotse

kurze Wege und Hilfe aus einer Hand – diese Empfehlungen gibt die Arbeitsgemeinschaft Gütesiegel mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung heraus. Viele Bedingungen sind zu erfüllen, damit dieses Gütesiegel erreicht werden kann. Doch neben dem eigentlichen Siegel ist es vor allen die praktische Umsetzung der Kriterien, die aus der Wirtschaft kommen, die dazu beitragen, dass eine Kommunalverwaltung wirtschaftsfreundlich handelt.

Kurze Wege aus einer Hand können durch einen zentralen Ansprechpartner (z.B. für Genehmigungen von Schwertransporten, bei Fragen zu wirtschaftsrelevanten Themen, Baugenehmigungen etc.) geschaffen werden. Die Abfrage bei verschiedenen Ämtern und Ansprechpartnern würde damit entfallen.

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP haben daher am 14.05.2013 beantragt, in der nächsten Sitzung von Kreisausschuss/Kreistag zu beschließen, dass in Abstimmung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden geprüft wird, inwieweit bei der Kreisverwaltung eine zentrale Stelle „Behördenlotse“ eingerichtet werden kann, bei der alle Anliegen der Wirtschaft zentral abgefragt werden können. Die einzurichtende Stelle soll dabei möglichst kostenneutral aus dem vorhandenen Personalbestand generiert werden. Die organisatorische Angliederung erfolgt im Bürgerservicecenter (BSC). Die Verwaltung soll die Ergebnisse zeitnah präsentieren; die WFG für den Kreis Heinsberg und der Wirtschaftsbeirat sollen beratend in den Prozess einbezogen werden.

In der Sitzung des Kreistages am 18.07.2013 wurde der Antrag mehrheitlich angenommen.

Prüfauftrag Bürgerbeteiligung Wiedereinführung Kfz.-Kennzeichen

Für die Sitzung des Kreistages am 18.07.2013 hatte die CDU-Fraktion bekanntlich beantragt, dass die Verwaltung prüfen solle, in welcher Form eine direkte Beteiligung der Bürger bei der Beantwortung der Frage herbeigeführt werden kann, ob sich der Kreis Heinsberg gegenüber dem Land/Bund für die Wiedereinführung der Kfz-Unterscheidungszeichen „ERK“ und „GK“ aussprechen soll. Dem Kreistag sollten die verschiedenen denkbaren Vorgehensweisen für eine Bürgerbeteiligung vorgestellt und dabei auch auf die jeweiligen Aufwände – auch kostenmäßig – eingegangen werden.

Die CDU Fraktion wurde im Vorfeld von vielen Bürgern angesprochen, angemailt und angerufen und um Wiedereinführung der alten Kennzeichen gebeten. Ungeachtet der bisherigen Beschlussfassungen wurde das Thema in Teilen der Bevölkerung nach wie vor sehr emotional diskutiert. Mit dem Antrag zur Prüfung der Bürgerbeteiligung sah die CDU Fraktion die Chance, den Menschen im Kreis Heinsberg bei diesem in der Tat emotionalen Thema einen aussagekräftigen Weg zu eröffnen, ihre Ansichten zu artikulieren und ein repräsentatives Meinungsbild zu erhalten.

In der Sitzung des Kreisausschusses am 09.07.2013 wurde die Angelegenheit nun vorberaten. Die Verwaltung konnte bereits erste Ergebnisse auch zu der Kostenfrage präsentieren. Bei der einzig wirklich aussagekräftigen Vorgehensweise im Rahmen eines Kreistagsbürgerentscheides würden Kosten in einem hohen fünfstelligen (bis hinein in einen sechsstelligen) Bereich anfallen, unabhängig von verfahrensrechtlichen Schwierigkeiten die die Angelegenheit noch zusätzlich erschweren würden. Wesentliche Bestandteile dieser Einschätzung waren Portokosten für ein notwendiges Informationsschreiben an die rund 200.000 Abstimmungsberechtigten, getrennte Wahl- und

Abstimmungsvorstände und die eventuell notwendige Anschaffung von zusätzlichen Wahlkabinen und Urnen - im ungünstigsten Fall für über 200 Stimmbezirke.

Hinzu kommt ganz aktuell, dass der Bundesrat am 05.07.2013 ohnehin entschieden hat, dass KFZ-Halter zukünftig die Möglichkeit haben ihr Kennzeichen bei einem Umzug in einen anderen Zulassungsbezirk mitnehmen zu können. Es ist davon auszugehen, dass sich eine Vielzahl von Bürgern aufgrund der mit einem Verzicht auf die Umkennzeichnung verbundenen Kostenersparnis künftig für eine Beibehaltung ihres bisherigen auswärtigen Kennzeichens entscheiden wird. Die bisherige Dominanz des heimischen Kennzeichens wird damit im Laufe der Zeit deutlich verwässert und langfristig gesehen wird auch im Kreis Heinsberg die Kennzeichenvielfalt so oder so etwas „bunter“ werden.

All diese Gesamtumstände und insbesondere die neuen Fakten haben die CDU-Fraktion letzten Endes dazu bewogen, in der Sitzung des Kreisausschusses am 09.07.2013 dafür zu votieren, dass von dem aufwändigen und kostenintensiven Verfahren eines Kreistagsbürgerentscheides in dieser Frage Abstand genommen und der Weg für die Wiedereinführung der Altkennzeichen „ERK“ und „GK“ endgültig freigemacht werden sollte. Damit wird nun der Wunsch derjenigen Bürger berücksichtigt, die auf diese Art ihre Verbundenheit mit ihrer Heimatstadt/Gemeinde zum Ausdruck bringen wollen.

Die Entscheidung wurde mehrheitlich in der Kreistagsitzung am 18.07.2013 bestätigt.

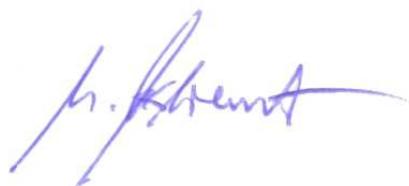
Wir hoffen Ihnen einen aufschlussreichen Überblick unsere aktuelle Arbeit betreffend gegeben zu haben. Detailinformationen erhalten Sie wie immer auf unserer fraktionseigenen homepage unter <http://www.cdu-fraktion-kreis-heinsberg.de/>.

Wir wünschen Ihnen allen erholsame und schöne Sommerferien!!!

mit freundlichen Grüßen



Norbert Reyans
Fraktionsvorsitzender



Martin Kliemt
Geschäftsführer